

Veranstaltungsreihe

RECHTE TENDENZEN IM LÄNDLICHEN RAUM:

Zwischen Bühne & Berichterstattung Wie Medien mit der AfD umgehen

Donnerstag, 25.09.2025, 18:30 Uhr, online

mit

Prof. Dr. Christian Filk Medien- & Bildungswissenschaftler, Seminar
für Medienbildung, Europa-Universität Flensburg

Friederike Reußner Regionalchefin der Nordredaktion des SHZ

Jörn Schaar Deutschlandradio, Landeskorrespondent Schleswig-Holstein

Seit der Gründung im Jahr 2013 hat die Partei Alternative für Deutschland (AfD) eine beispiellose mediale Karriere durchlaufen und dabei fundamental verändert, wie in Deutschland über Politik berichtet wird. Der Verfassungsschutz hat die Partei mittlerweile „gesichert rechts-extremistisch“ eingestuft, die Entscheidung über den Eilantrag der AfD dagegen wird beim VG in Köln innerhalb der nächsten 2 Monate erwartet. Damit befinden sich die Medien in einem großen und grundsätzlichen Dilemma, zumal sich die Grenzen des Sagbaren in unserer Gesellschaft bereits spürbar verschoben haben.

Wie lässt sich über eine Partei berichten, die den Boden der demokratischen Grundordnung verlässt, den politischen Diskurs durch Delegitimierung etablierter Medien und extreme Polarisierung zerstört? Welche Strategien verfolgt die AfD in ihrer Medienpolitik und wie gehen Medien damit um?

Darüber möchten wir nach einem kurzen Input von Prof. Dr. Filk zur Medienpolitik der AfD mit ihm, Friederike Reußner und Jörn Schaar ins Gespräch kommen.

Die Veranstaltung findet via Zoom statt. Anmeldung unter flensburg@rbt-sh.de

Die Veranstaltung wird organisiert durch das Evangelische Regionalzentrum Westküste, die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, den Kirchenkreis Nordfriesland, das Regionale Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Flensburg des AWO Landesverbandes SH e.V., das Diakonische Werk Husum und Fremde brauchen Freunde e.V.

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.